

Studie

Soziale Gruppen, politische Kräfte und die Demokratie. Eine strukturorientierte Analyse der demokratischen Transformation in Thailand

Aurel Croissant

Abstract

Am 19. September 2006 führten Einheiten der Königlich-Thaiändischen Armee erfolgreich einen Staatsstreich gegen die Regierung von Premierminister Thaksin Shinawatra durch. Dieser Beitrag beabsichtigt, diese Ereignisse im breiteren Kontext der sozialen und politischen Entwicklung Thailands seit dem Jahr 1932 zu analysieren. Die Kernthese lautet, dass Erklärungen für den Militärputsch, die ihn vorrangig mit mangelnder Professionalisierung des Militärs begründen, zu kurz greifen. Das Scheitern der Demokratie ist vielmehr auf die unzureichende Fähigkeit des politischen Systems zurückzuführen, die vorhandenen sozialen und politischen Spannungen auszugleichen. Die Entwicklung der thailändischen Demokratie bleibt vor allem gefährdet, weil die städtische Arbeiterschaft und die Landbevölkerung bislang keine organisatorische Basis haben, um effektiv am politischen Prozess zu partizipieren. Zugleich wird die Legitimität ihrer politischen Ansprüche und Präferenzen von Teilen der politischen Elite des Landes nur bedingt anerkannt. Thaksin und seine Thai Rak Thai waren in den späten 1990er Jahren in diese Lücke gestoßen. Angesichts der Schärfe der Spaltungslinien in der thailändischen Gesellschaft und des Fehlens einer effektiven Interessenvertretung für die unteren sozialen Schichten müssen die weiteren Perspektiven der Demokratieentwicklung in Thailand zumindest kurzfristig pessimistisch bewertet werden. (Manuskript eingereicht am 11.02.2008; zur Veröffentlichung angenommen am 23.04.2008)

Keywords: Demokratie, Thailand, Coup, Soziale Gruppen, Strukturalismus

Der Autor

Prof. Dr. Aurel Croissant unterrichtet Politikwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Demokratisierung, Zivilmilitärische Beziehungen, Politische Systeme in Ost- und Südostasien, Politische Theorie, Institutionenforschung, Zivilgesellschaft und politische Parteiensysteme. Er hat ein Dutzend Bücher zu verschiedenen Themen der asiatischen Politik, Vergleichenden Politikwissenschaft und Demokratisierungsprozessen publiziert. Seine jüngeren Publikationen beinhalten Aufsätze in *Democratization*, *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, *Terrorism and Political Violence*, *Studies in Conflict and Terrorism*, *Contemporary Southeast Asia* sowie *Politische Vierteljahresschrift*. E-Mail: aurel.croissant@urz.uni-heidelberg.de

Studie

Social Groups, Political Forces and Democracy. A Structure-Driven Explanation of Democratic Transformation in Thailand

Aurel Croissant

Abstract

On 19 September 2006, units of the Royal Thai Army successfully staged a coup d'état against the government of Prime Minister Thaksin Shinawatra. This article sets out to examine the recent events within the broader context of social and political developments in Thailand since 1932. Its main argument is that due to the complex configuration of societal conflicts within Thai society, the 2006 coup cannot be explained simply as a result of a lack of military professionalism. The failure of democracy is rather a consequence of the incapacity of the political system to accommodate these social and political tensions. The main shortcomings have been the weakly organized social bases for mass parties and, especially, the lack of adequate representation of the interests of the urban working class and rural voters. Simultaneously, the legitimacy of the political aspirations and preferences of those segments of Thai society has not been fully accepted by the political elites. Thaksin and his Thai Rak Thai party attempted to fill this vacuum from the late 1990s on. In view of the deep social cleavages that exist in Thai society and the lack of powerful organizations which could represent the interests of politically marginalized groups, the short-term prospects of further democratization in Thailand must be assessed with a certain degree of pessimism. (Manuscript received February 11, 2008; accepted for publication April 23, 2008)

Keywords: Democracy, Thailand, Coup, social classes, structuralism

The Author

Prof. Dr. Aurel Croissant teaches comparative politics at the Ruprecht-Karls University, Heidelberg. His main research interests are democratization studies, civil-military relations, Southeast and East Asian studies, politics, and other topics in comparative politics. He has published widely on politics in Southeast and East Asia, political theory, political institutions, civil society, and political parties. He has published close to a dozen books on various topics in Asian politics, comparative politics, and transitions to democracy. His latest publications include articles in *Democratization*, *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, *Terrorism and Political Violence*, *Studies in Conflict and Terrorism*, *Contemporary Southeast Asia* and *Politische Vierteljahresschrift*. E-Mail: aurel.croissant@urz.uni-heidelberg.de

1 Einleitung

Am 19. September 2006 putschten Einheiten der Königlich-Thaiändischen Streitkräfte unter Führung von Armeechef General Sonthi Boonyaratkin gegen den zivilen Premierminister Thaksin Shinawatra. Die Machtübernahme durch das Militär – die erste seit dem Jahr 1991 – stieß auf keine organisierte Gegenwehr. Während sich über die Unterstützung der Bevölkerung für den Staatsstreich nur spekulieren lässt,¹ machten zahlreiche Intellektuelle und Akademiker, Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen und Oppositionspolitiker keinen Hehl aus ihrer Meinung, die Thaksin-Regierung habe sich ihr Schicksal selbst zuzuschreiben (Surin 2007:351-352). Denn vorangegangen waren dem Staatsstreich monatelange Massenproteste der Opposition, die dem Regierungschef einen undemokratischen Regierungsstil, Korruption, Gefährdung der Monarchie und Versagen bei der Bekämpfung des muslimischen Aufstands in den Südprovinzen des Landes vorwarf und seinen Rücktritt forderte.

Wenige Stunden nach dem Putsch verbreitete die als „Rat für Demokratische Reformen“² neu formierte Militärjunta eine Erklärung, in der die Absetzung des Regierungschefs als ein Akt zur Rettung von Demokratie und Nation begründet wurde (Montesano 2007:322). Weiter versprachen die Generäle, Korruptionsvorwürfe gegen Thaksin zu untersuchen und die Versöhnung zwischen den politischen Lagern sowie zwischen thaisprachigen Buddhisten und malaischen Muslimen im Süden fördern zu wollen. Darüber hinaus sollten innerhalb von zwölf Monaten eine Verfassung ausgearbeitet und demokratische Wahlen abgehalten werden.

Die beiden letztgenannten Ziele hat die Junta eingelöst. Elf Monate nach dem Putsch, im August 2007, trat eine neue Verfassung in Kraft. Am 23. Dezember letzten Jahres wurden Parlamentswahlen durchgeführt. Freilich zeigt das

¹ Eine am Tag nach dem Putsch durchgeführte und viel zitierte Umfrage unter 875 Befragten in Bangkok und 1.144 außerhalb von Bangkok Befragten ergab, dass 81,6% der Befragten in Bangkok und 86,36% außerhalb von Bangkok mit dem Coup einverstanden waren (*Suan Dusit Poll*, 20.09.2006; http://dusitpoll.dusit.ac.th/2549/2549_050.html).

² Die offizielle Bezeichnung der Junta änderte sich mehrmals. Während ein Sprecher den Namen zunächst mit „Rat für Demokratische Reformen unter der konstitutionellen Monarchie“ (Council for Democratic Reforms under the Constitutional Monarchy) angab, wurde die englische Bezeichnung später auf „Council for Democratic Reform“ gekürzt, um ausländischen Spekulationen über die Rolle des Königs beim Staatsstreich entgegenzuwirken. Später wurde der Namen in „Nationaler Rat für Sicherheit“ (Council for National Security) geändert.

vorläufige Wahlergebnis, dass es dem Militär und der von ihm eingesetzten Übergangsregierung nicht gelungen ist, die politischen Gräben in der thailändischen Gesellschaft zu überwinden. Trotz Betätigungsverbots für mehrere zahlreiche hochrangige Funktionäre der nach dem Putsch zwangsaufgelösten Thai Rak Thai-(TRT-)Partei von Thaksin und massiver Behinderungen ihres Wahlkampfes errang die im Juli 2007 als Nachfolgepartei gegründete Partei der Volksmacht (PPP) 48% der Mandate und wurde mit deutlichem Abstand stärkste Partei. Der Wahlausgang bestätigt die unvermindert große Popularität des im Londoner Exil lebenden Expremiers vor allem unter den ländlichen Wählern im Norden und Nordosten sowie den ärmeren Wählerschichten in der Hauptstadt.

Angesichts der komplexen Konfliktlage in der thailändischen Gesellschaft greifen Erklärungen für den Militärputsch vom Jahr 2006, die ihn vorrangig auf die mangelnde Professionalisierung des Militärs zurückführen, zu kurz. Vielmehr hat sich die „demokratische Regierungsform mit dem König als Staatsoberhaupt“, so Artikel Zwei der englischen Übersetzung der Verfassung von 1997, deshalb nicht als belastbar erwiesen, da sie der sozialen und politischen Konfliktlage im Königreich nur ungenügend Rechnung getragen hat. Die Entwicklung der thailändischen Demokratie bleibt vor allem gefährdet, weil die städtische Arbeiterschaft und die Landbevölkerung bislang keine organisatorische Basis haben, um effektiv am politischen Prozess zu partizipieren. Zugleich wird die Legitimität ihrer politischen Ansprüche und Präferenzen von Teilen der politischen Elite des Landes nur bedingt anerkannt. Thaksin und seine Thai Rak Thai waren in den späten 1990er Jahren in diese Lücke gestoßen. Mit „populistischen“ Appellen und der Rhetorik eines „starken“, sich dezisionistisch inszenierenden Regierungschefs sowie durch die Auflage zahlreicher Sozial- und Entwicklungsprogramme hatte Thaksin die Unterstützung dieser Wählergruppen gewonnen. Die Mobilisierung dieser Schichten gegen die bestehende Konstellation aus royalistisch gesinnten Militärs und Staatsbeamten, Parteipolitikern und einem Teil der städtischen Mittelschichten hatte die Dominanz der etablierten politischen Kräfte untergraben. In letzter Konsequenz hatte der Versuch, eine auf seine Person zugeschnittene „delegativen Demokratie“ (O'Donnell 1994) zu etablieren, auch die Autorität der Monarchie bedroht.

Dies ist die Kernthese dieses Beitrags. Sie soll im Weiteren systematisch diskutiert werden. Hierzu werde ich meine Argumentation in fünf Schritten entwickeln. In einem ersten Schritt wird das der Analyse zugrunde liegende theoretische Argument skizziert. Im zweiten Schritt wird Thailands Weg vom Ende

der absoluten Monarchie im Jahr 1932 zur „demokratischen Regierungsform mit dem König als Staatsoberhaupt“ nachgezeichnet. Dabei steht die Formierung und Entwicklung der Figuration der gesellschaftlichen Kräfte im Vordergrund. Drittens wird ihre Rolle in der Demokratie nach dem Jahr 1992 analysiert. Der vierte Abschnitt untersucht die Erosion der bestehenden politischen Ordnung unter der Regierung Thaksin. Abschließend werden die Ergebnisse der Analyse in einigen Schlussfolgerungen gebündelt.

2 Theoretische Vorüberlegungen

Die politikwissenschaftliche Systemwechselforschung kennt unterschiedliche theoretische Zugriffe auf die Analyse von Demokratisierungsprozessen.³ Modernisierungstheoretische Ansätze beleuchten die sozialen Funktionsvoraussetzungen von Demokratie, blenden jedoch die Rolle konkreter Akteure weitgehend aus. Handlungstheoretische Ansätze hingegen betonen die Bedeutung der politischen Eliten. Der Ausgang von Transformationsprozessen ist aus ihrer Warte nicht von funktionalen Voraussetzungen abhängig, sondern von den situationsgebundenen Präferenzen und Strategien der handelnden Eliten (Merkel 1999:102).

Modernisierungstheorie und handlungstheoretische Ansätze leisten für die Analyse von Transformationsprozessen Erhebliches. Aus dem Blick geraten jedoch die macht- und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen von Demokratisierungsprozessen, das Verhältnis zwischen sozialen Großgruppen und die Rolle des Staates (Kitchelt 1992). Hier setzt der strukturalistische Ansatz an. Im Zentrum der strukturalistischen Analyse steht die Entwicklung gesellschaftlicher Machtstrukturen. Aus strukturalistischer Perspektive ist eine stabile liberale Demokratie das mögliche Ergebnis dynamischer Veränderungen der Kräfteverhältnisse zwischen den sozialen Klassen einer Gesellschaft sowie zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Durch historisch-qualitative Vergleiche identifiziert der Strukturalismus Faktoren, die den Weg einer Gesellschaft in die politische Moderne beeinflussen. Es geht also letztlich um die sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie, so der Titel von Barrington Moores historisch informierter Studie zur Herausbildung von

³ Demokratie wird hier, im Konsens mit großen Teilen der Transformationsforschung, in Anlehnung an Robert Dahls Polyarchiemodell (Dahl 1971) prozeduralistisch und minimalistisch gefasst. Dies hat den Vorteil, dass die weiter unten dargestellte Konkurrenz zwischen unterschiedlichen politischen Ordnungsvorstellungen in der thailändischen Politik als Auseinandersetzung zwischen zwei unterschiedlichen Demokratiekonzeptionen verstanden werden kann.

Demokratie und Diktatur in sieben Gesellschaften (Moore 1969). Eliten, Werte oder nichtmaterielle Interessen spielen im Prozess demokratischer Entwicklung eine Rolle, insbesondere wenn sie in Institutionen oder kollektiven Organisationen verankert sind (Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens 1992:4ff.). Allerdings begrenzen Sozial- und Klassenstrukturen die Handlungsmöglichkeiten von Eliten in mehrfacher Hinsicht: Erstens begrenzen sie die Zahl der möglichen Akteure; zweitens beeinflussen die Größe und Heterogenität sozialer Großgruppen die Organisations-, Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit ihrer Interessen. Drittens bilden soziale Klassen oder Großgruppen für politische Eliten und Organisationen eine politische Ressource u.a. aufgrund ihres Stimmengewichts bei Wahlen.

Der Strukturalismus akzeptiert die modernisierungstheoretische Position, dass Industrialisierung im Zuge kapitalistischer Entwicklungen Demokratisierungsimpulse hervorbringt. Allerdings grenzt er sich klar von den funktionalistischen und kulturbezogenen Annahmen der Modernisierungstheorie ab. Industrialisierung und Modernisierung fördern Demokratisierung, so das strukturalistische Argument, da sie neue soziale Gruppen wie die Arbeiterschaft und die Mittelschichten und damit neue politische Interessen hervorbringen und gleichzeitig alte soziale Schichten wie Großgrundbesitzer schwächen (Huber/Stephens 2005:199).

Als treibende Kraft der Demokratisierung identifizierte Barrington Moore die Bourgeoisie. Dessen Stellung als kraftvolle, unabhängige Klasse sah er als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung zur Demokratie, pointiert in der These „Ohne Bürger keine Demokratie“ (Moore 1969:481). Er übersah dabei keineswegs, dass das Bürgertum auch eine antidemokratische Kraft sein kann. Demokratie fördernd handelt es nur, so Moore, wenn es gegenüber den dominanten Klassen über ausreichende ökonomische Selbstständigkeit verfügt, um nicht in eine Allianz mit Agrariern und Adel gegen die aufstrebende Arbeiterschaft und die Klasse der Kleinbauern und Landarbeiter gedrängt zu werden.

Ausgehend von Moore haben Dietrich Rueschemeyer und seine Mitautoren eine Weiterentwicklung der strukturalistischen Theorie präsentiert (Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens 1992; Huber/Rueschemeyer/Stephens 1997). Der modernisierungstheoretischen These folgend, wonach im Zuge sozialer Mobilisierung entstandene gesellschaftliche Organisationen als Gegengewicht zum machtvollen modernen Staat wirken, formt die Ausgestaltung der Machtbeziehungen zwischen den sozialen Klassen, zwischen Staat und Klassen sowie der Einfluss transnationaler Faktoren auf diese Beziehungen den Handlungskorridor,

innerhalb dessen soziale Klassen und Staatsakteure handeln. Dabei beeinflussen vor allem drei Faktorensätze die Chancen auf Demokratie und demokratische Stabilität:

(1) *Die spezifische Ausformung der Klassenstrukturen und Klassenkoalitionen.* Kapitalistische Entwicklung fördert liberale Demokratie, da sie zum Entstehen von Arbeiterschaft und Mittelschichten führt. Die Autoren sehen wie Moore in der Klasse der Großgrundbesitzer und – entgegen der These Moores – in der Bourgeoisie die Hauptgegner, in der Arbeiterklasse hingegen die treibende Kraft demokratischer Entwicklung (Huber/Stephens 2005:201). Ist die Klassenstruktur aufgrund historischer Entwicklungen durch eine schwache Arbeiterklasse gekennzeichnet, können Mittelschichten und Kleinbürgertum (von Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens (1992) als *middle class* bezeichnet) diese Funktion übernehmen. Ihre Haltung gegenüber Demokratisierung ist jedoch ambivalent. Nur wenn die Forderung der ländlichen und der Industriearbeiterschaft nach politischer und wirtschaftlicher Teilhabe nicht als Bedrohung der eigenen materiellen Stellung empfunden wird, treten sie für Demokratie ein (ibid.).

(2) *Die Struktur des Staates und das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft.* Je mehr Ressourcen die Staatseliten unabhängig von Wirtschaftseliten kontrollieren und je stärker sie einen ideologisch geeinten und hierarchisch integrierten Staatsapparat präsentieren, desto stärker sind ihre Autonomie und ihr politisches Eigeninteresse und desto größer ist ihr Widerstand gegen die Verbreiterung des Zugangs zu materiellen und politischen Ressourcen (Potter 1997). Besondere Bedeutung hat die innere Organisation des staatlichen Zwangsapparats, d.h. ob das Militär ziviler Kontrolle unterliegt und in welchem Umfang sich in der Zivilgesellschaft kollektive Organisationen wie Parteien und Verbände entwickelt haben, die ein politisches Gegengewicht zum Staate bilden.

(3) *Der Einfluss transnationaler Strukturfaktoren.* Die Stellung eines Landes im weltwirtschaftlichen System, ökonomische und politische Abhängigkeiten oder die spezifische Form kolonialer Beherrschung beeinflussen gleichfalls die Kräfteverhältnisse zwischen sozialen Klassen und die Struktur der Klassenkoalitionen. Im Gegensatz zu Ansätzen, wie sie vor allem in den 1970er und 1980er Jahren die Diskussion um die Entwicklungschancen von Demokratie in sogenannten „peripheren“ Entwicklungsländern beeinflusst haben, liegt das Augenmerk des strukturalistischen Ansatzes von Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens (1992:40-79 und 275-291) auf der Frage, wie Faktoren des internationalen Systems die Ausprägung der ersten beiden Faktorensätze verstärken oder modifizieren.

Ein determinierender Einfluss wird ihnen nicht zugeschrieben.

Eine strukturalistisch angeleitete Betrachtung des Demokratisierungsprozesses in Thailand zwingt dazu, zunächst eine historisch informierte Analyse der Entwicklung sozialer und politischer Kräfte sowie des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft vorzunehmen. Dies soll im nächsten Schritt geleistet werden.

3 Thailands Weg in die politische Moderne: Aufstieg und Niedergang der bureaucratic polity

Der moderne thailändische Staat hat seinen Ursprung in den Reformen König Chulalongkorns (1868-1910) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ähnlich wie der zeitgleich verlaufende Modernisierungsprozess im kaiserlichen Japan war diese „Revolution von oben“ (Moore 1969) eine Reaktion von Teilen der alten aristokratischen Herrschaftselite auf den Druck der westlichen Kolonialmächte. Im Gegensatz zu der zeitgleich stattfindenden Meiji-Restauration war die Monarchie in Thailand jedoch nicht nur das integrative Symbol, sondern auch die politisch dominante Kraft der neuen Ordnung (Wyatt 1969).

3.1 Der Aufstieg der bureaucratic polity

Im Zuge dieser Reformen entstand eine umfangreiche und funktional differenzierte Staatsverwaltung und militärische Bürokratie. Allerdings begünstigten die Schaffung zentralistischer Verwaltungsstrukturen und der Aufbau moderner Streitkräfte das Aufkommen einer bürokratischen Gegenelite zur alten Aristokratie. Diese neue bürokratische Macht stürzte die absolute Monarchie im Jahr 1932. Der von antiroyalistisch gesinnten Angehörigen der zivilen und militärischen Bürokratie getragene Coup führte zur Etablierung eines politischen Ordnungsmodells, das Fred Riggs (1966) prägend als *bureaucratic polity* bezeichnet hat. In den folgenden Jahrzehnten dominierte das Bündnis aus Staatsbeamten und Militärs das politische System weitgehend alleine. Machtkämpfe und Fraktionsbildungen in der zivil-militärischen Koalition führten zwar immer wieder zu Instabilität, beeinträchtigten jedoch nicht die Dominanz bürokratischer Akteure in den politischen Institutionen (Perapong 1992:48-49).

Begünstigt wurde die Dominanz bürokratischer Akteure durch die Allianzbildung mit den USA und die Schwäche anderer sozialer oder politischer Kräfte. Die massive Ausweitung der US-amerikanischen Finanz- und Militärhilfe sowie der Zugang zu westlicher Technologie und Kapital ermöglichte dem Regime im Jahr 1958 den Übergang von einem staatszentrierten zum privatwirtschaftlich

getragenen Entwicklungsmodell der Import substituierenden Industrialisierung (Ungpakorn 1997:53-65). Der mit US-amerikanischer Hilfe finanzierte Strategiewechsel setzte eine ökonomische Entwicklung in Gang, die zunächst die zivil-militärische Herrschaftskoalition stärkte. Langfristig destabilisierte sie jedoch die *bureaucratic polity*, da neue soziale Kräfte entstanden, deren politische Interessen nicht abgeblockt werden konnten.

Hier sind zum einen die einheimischen Privatunternehmer zu nennen. Die häufig chinesisch-stämmigen, auf lokaler Ebene tätigen Unternehmer waren aufgrund ihres ethnischen Status und des Fehlens effektiver Interessenorganisationen auf die politische Protektion der Bürokraten angewiesen (Chai-anan 1989:69). Spätestens nach der im Nationalen Entwicklungsplan von 1958 vollzogenen Abkehr von der Bevorzugung großer Staatsbetriebe zur Förderung privater Unternehmen arbeiteten diese Gruppen eng zusammen (Pasuk/Baker 1999:277ff.). Das Verhältnis zwischen Unternehmern und Bürokraten in dieser Phase der *bureaucratic polity* lässt sich mit einem ausgedehnten Netz von Patron-Klient-Beziehungen vergleichen, in denen die bürokratischen Patrone ihren unternehmerischen Klienten Schutz, Staatsaufträge und wirtschaftliche Konzessionen angedeihen ließen und im Tausch hierfür einen Teil der wirtschaftlichen Profite einstrichen (Doner/Ramsay 2000).

Freilich veränderten der forcierte Ausbau der ländlichen Infrastruktur und die Diversifizierung der Landwirtschaft die Beziehungen zwischen Bürokraten und Unternehmern. Unternehmer begannen, die Bürokratie auf lokaler Ebene als Patrone der örtlichen Bevölkerungen zu verdrängen. An die Stelle der alten Patronage-Netzwerke der Beamten trat die Patronage lokaler Unternehmer. Manche dieser lokalen Geschäftsleute bedienten sich krimineller Methoden, um ihre Interessen zu vertreten. Für dieses Segment der Unternehmer in den Provinzen wurde der Begriff der *chao pho* („Mafia“) prägend (McVey 2000:15). Der Einflussgewinn lokaler Unternehmer hatte einen besseren Zugriff dieser Gruppe auf die nationale Politik zur Folge. Da Wahlen und politische Parteien bis in die 1970er Jahre nur eine geringe Rolle spielten, blieb ihre Fähigkeit zur Interessendurchsetzung jedoch beschränkt.

Auch das Entstehen städtischer Mittelschichten (*chonchan klaang*) fällt größtenteils in die Phase nach 1958. In den Jahren von 1960 bis 1970 stieg der Anteil der Berufsgruppen, die als „obere“ Mittelschicht charakterisiert werden können (Kategorien 1, 2 und Teile von 3 in Tabelle 1) von 3,6 auf 4,3% der Erwerbstätigen. Hinzu kam die Ausweitung des Anteils jener Berufsgruppen, die der unteren Mittelschicht zugerechnet werden können (Kategorien 4 und 5).

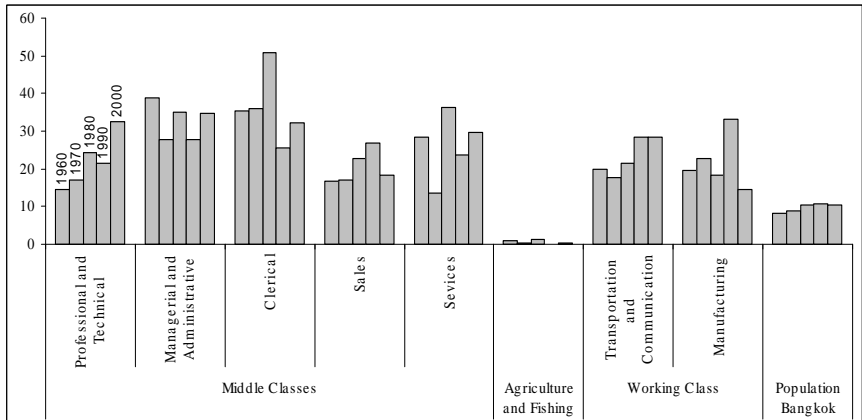
Tab.1 Anteil der Berufsgruppen an der erwerbstätigen Bevölkerung (in %)

	1960	1970	1980	1990	2000
(1) Professional and Technical	1,3	1,7	4,4	6,4	6,6
(2) Managerial and Administrative	0,2	1,5	3,1	2,8	3,1
(3) Clerical	1,1	1,1	2,7	3,8	3,9
(4) Sales	5,3	5,0	12,6	12,3	14,9
(5) Services	2,0	2,8	4,6	4,2	5,5
(6) Agriculture, Forestry, and Fisheries	82,5	79,6	48,0	47,8	40,0
(7) Transportation and Communication	1,1	1,4	2,9	3,0	4,0
(8) Manufacturing	5,9	6,7	21,5	19,6	21,9
(9) Miscellaneous	0,7	0,2	0,2	0,2	0,0

Quelle: Funatsu/Kagoya 2003:248; offenkundig ist die Zuordnung von Kategorie 5 zur Mittelschicht nicht unproblematisch. Ich folge hier der Argumentation von Funatsu und Kagoya.

Zeitgleich expandierten der Bildungssektor und die Hochschulen. Die Zahl der eingeschriebenen Studenten stieg von 15.000 im Jahr 1961 auf etwa 100.000 im Jahr 1972 (Anderson 1977:16-17). In den Provinzen wurden neue Universitäten eröffnet und mit der Gründung der Ramkamhaeng Open University (1969) öffnete sich das höhere Bildungswesen für Studenten aus der Arbeiterschaft (Ungpakorn 1997:89). Aufgrund der räumlichen Konzentration des thailändischen Entwicklungsmodells waren Mittelschichten und Studentenschaft aber vor allem ein hauptstädtisches Phänomen (vgl. Abbildung 1).

Abb. 1: Konzentration der Mittelschichten und Arbeiterschaft auf den Großraum Bangkok (1960-2000, in Prozent der nationalen Bevölkerung)



Anm.: Balken stehen für die Jahre 1960, 1970, 1980, 1990 und 2000. Angaben zum Bevölkerungsanteil Bangkoks beziehen sich auf Gesamtbevölkerung, Bangkok ohne Umland.

Quelle: Daten zusammengestellt nach Angaben in Funatsu/Kagoya 2003:248 und National Statistical Office, *Population and Labor Statistics*.

Schließlich vergrößerte das Wirtschaftswachstum der 1960er Jahre auch die Arbeiterschaft. Alleine die Zahl der Industriearbeiter erhöhte sich in den Jahren von 1960 bis 1975 von 0,6 auf 1,6 Millionen. Ähnlich wie die Unternehmer rekrutierten sich Arbeiter anfänglich vor allem aus den Reihen der chinesischen Immigranten in Bangkok und kleinen Städten entlang der Bahnlinien, weshalb sie von den nationalistischen Militärs mit besonderem Misstrauen betrachtet wurden (Ungpakorn 1997:84; Hewison 2002:79). Mit dem Ausbau des Staatssektors seit dem Jahr 1932 veränderte sich allerdings die Zusammensetzung, da der Anteil thailändischer Beschäftigter in den Staatsbetrieben zunahm. Versuche der kollektiven Interessenwahrnehmung durch Streiks, Petitionen oder Organisationsgründungen verzeichneten in den späten 1960er Jahren eine deutliche Zunahme (Brown 1997:170). Die Konfliktfähigkeit der Arbeiterinteressen blieb dennoch aus mehreren Gründen schwach. Zum einen war ihre zahlenmäßige Bedeutung recht gering. Der Anteil der Arbeiterschaft betrug im Jahr 1970 lediglich 8,1% der Erwerbstätigen (Kategorien 7 und 8 in Tabelle 1). Zum anderen erschwerte die Fragmentierung der Arbeiterschaft das Entstehen durchsetzungsfähiger Or-

ganisationen. Die Mehrheit der Arbeiter war in kleinen Betrieben beschäftigt; industrielle Großbetriebe, aus denen starke Gewerkschaftsorganisationen hätten hervorgehen können, existierten fast ausschließlich in Bangkok und dem hauptstädtischen Umland. Drittens blieb die Gründung von Gewerkschaften außerhalb der Staatsbetriebe fast durchgängig verboten und auch im öffentlichen Sektor bestanden zahlreiche Einschränkungen.

Die Bauernschaft, die in den 1960er Jahren noch über 80% der erwerbstätigen Bevölkerung stellte, spielte in der *bureaucratic polity* politisch eine marginale Rolle. Historisch betrachtet bestand sie zum Großteil aus Kleinbauern, die ihr eigenes Land bewirtschafteten (Kasian 2006:11-12). Eine ökonomisch oder politisch bedeutsame Schicht von Großgrundbesitzern existierte nicht. Die Wirtschaftsentwicklung der 1960er Jahre führte jedoch zur Kommodifikation der landwirtschaftlichen Arbeit und zur Konzentration von Landbesitz. Hierdurch wurden zahlreiche Kleinbauern zu Lohnarbeitern und Landlosigkeit wurde zu einem nationalen Problem (Pasuk/Baker 1999:297). Die sozialen Folgen konnten durch die Abwanderung ländlicher Arbeitskräfte in den Großraum Bangkok nicht aufgefangen werden (Funatsu/Kagoya 2003). Die Folge waren Proteste der Bauern im Norden, wo das Problem der Landlosigkeit besonders virulent war, und die anschwellende Agitation der Kommunisten unter der Landbevölkerung im Nordosten.

Letztlich berührten diese Entwicklungen auch die Stellung der Monarchie. Ihre Position war in den ersten Dekaden nach dem Putsch von 1932 prekär gewesen. Allerdings setzte sich in den 1950er Jahren im Militär die Überzeugung durch, dass eine politisch geschwächte Monarchie für die Legitimation der *bureaucratic polity* hilfreich war. Während der Regierungszeit von Marschall Sarit Tharat (1958-63) wurde dem König eine aktivere Rolle zgedacht (Thak 1979). Seit den späten 1960er Jahren äußerte sich König Bhumibol Adulyadej regelmäßig in der Öffentlichkeit zu politischen Fragen. Die im Namen des Königshauses initiierten Entwicklungs- und Hilfsprojekte stärkten das Ansehen der Krone unter der Landbevölkerung. Gleichzeitig wurde in immer mehr Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Bezug auf die königliche Familie genommen (Handley 2006:156-195). Zwar war die Monarchie weiterhin eng mit der zivilmilitärischen Herrschaftskoalition verbunden. Die politische Handlungsfähigkeit der Monarchie veränderte sich aber, da sie nun unabhängiger von den Kräften der *bureaucratic polity* agieren konnte, während Beamte und Militärs stärker auf die Legitimation ihrer Herrschaft durch das Königshaus angewiesen waren

(Chai-anan/Morell 1981:68).

3.2 Der Niedergang der bureaucratic polity

Die Schwächung der *bureaucratic polity* zeigte sich zu Beginn der 1970er Jahre in um sich greifenden Bauernprotesten sowie Streiks von Studenten und Arbeitern (Ramsey 1982:1075; Napaporn 2002). Das Militär reagierte im Jahr 1968 mit einer neuen Verfassung und der Einführung eines Zweikammerparlaments aus gewähltem Unterhaus und einem vom König ernannten Senat, nahm diese Reformen jedoch im Jahr 1971 wieder zurück. In der Folge verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen kritischen Mittelschichtsintellektuellen, Studentenschaft und Arbeitern. Proteste dieser Gruppen in der Hauptstadt Bangkok eskalierten im Oktober 1973, als Soldaten auf die Demonstranten schossen. Unter der Frage, wie auf die Lage zu reagieren sei, brach die Herrschaftskoalition aus Beamten und Militärs auf (Chai-anan/Morrell 1981).

Die folgende Periode des demokratischen Interregnums bis zum Jahr 1976 erlaubte erstmals die politische Repräsentation anderer Gruppen – allen voran Studenten, Arbeiter und Bauern. Allerdings gelang es den instabilen Parteienkoalitionen nicht, das Land in geordnete Bahnen zu lenken. Demonstrationen, Streiks, marxistische Agitation und politische Gewalt vonseiten antikommunistischer Milizen eskalierten. Studenten, Gewerkschaften und Bauernverbände entzogen dem parlamentarischen System aufgrund ausbleibender Reformen ihre Unterstützung. Zugleich verunsicherte die Mobilisierung von links und rechts die gemäßigten Teile der Mittelschichten. Schließlich kam es im Oktober 1976 zu einem Militärputsch, gefolgt von einem Massaker an Studenten in Bangkok und blutiger antikommunistischer Repression (LoGerfo 1997). Zahlreiche Intellektuelle, Studenten und Gewerkschaftler wurden unter dem Vorwurf kommunistischer Sympathien mit Gewalt verfolgt. Sie entzogen sich der Repression, indem sie sich den kommunistischen Guerillas anschlossen (Wongtrangan 1984).

Angesichts dieser Entwicklung und des zeitgleich stattfindenden Abzugs der US-amerikanischen Truppen aus Thailand suchten gemäßigte Kreise in Bürokratie, Militär und der alten Aristokratie nach einem flexibleren System der politischen Entscheidungsfindung, das der politischen Radikalisierung entgegenwirken konnte. Nutznießer dieser Überlegungen war zum einen die Monarchie. Die öffentliche Parteinahme des Königs für die Demonstranten im Oktober 1973 und für die Putschisten im Jahr 1976 hatte bereits den gestiegenen Einfluss des Königshauses in der Innenpolitik erkennen lassen (Pasuk/Baker 1999:314-21). In

der Folge wuchsen die gesellschaftliche Autorität und der politische Einfluss des Palastes im gleichen Maße, wie die Legitimation der alten Herrschaftskoalition zerfiel.

Zum anderen profitierten vor allem Unternehmer vom Machtverlust der bürokratischen Akteure. Lokal operierende Geschäftsleute verschafften sich durch Parteiengründungen, die Kandidatur zu Wahlen oder die Unterstützung von Kandidaten Zugriff auf den politischen Entscheidungsprozess. Möglich wurde dies, da nun regelmäßig Parlamentswahlen stattfanden, bei denen Unternehmer ihren lokalen Einfluss dazu nutzten, die Stimmen der ländlichen Wählerschaft (etwa 75% des nationalen Elektorats) für sich zu mobilisieren. Das Ergebnis war eine deutliche Überrepräsentanz von Unternehmern aus der Provinz in Parteien, Parlament und im Kabinett (Stern 2006:109-111).

Da nur ein Zehntel der Wähler in der Metropole Bangkok lebte, nutzten Angehörige der hauptstädtischen Mittelschichten häufig andere Wege zur Einflussnahme. Beschleunigt durch einen beispiellosen wirtschaftlichen Boom mit teilweise zweistelligen Wachstumsraten entstanden in den 1980er Jahren zahlreiche neue Interessengruppen, durch welche die rasch expandierenden Mittelschichten sich Gehör verschafften. Ihre herausgehobene Position in den modernen Sektoren der thailändischen Gesellschaft, im Bildungswesen und in den Hauptstadtmedien ermöglichte es Mittelschichtintellektuellen, die Meinungsführerschaft im gesellschaftlichen Diskurs zu entwickeln (Suchart 1999; Ockey 2004:170). Freilich blieben große Teile der Bevölkerung an der Peripherie der politischen Öffentlichkeit. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Interessenvertretungen der Landbevölkerung (im Jahr 1980 arbeiteten noch etwa 50% der ökonomisch aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft) ebenso wie die der Arbeiterschaft (inzwischen über 20% der Bevölkerung) organisatorisch schwach geblieben waren, da nach dem Jahr 1976 die meisten autonomen Interessenvertretungen zerschlagen wurden.

Die Liberalisierung der *bureaucratic polity* während der Amtszeit von Premierminister Prem Tinsulanonda (1980-1988) führte im Jahr 1988 zur Bildung einer vom Vertrauen des gewählten Parlaments abhängigen Regierung unter Ausschluss hochrangiger Militärs und Bürokraten. Dieser Demokratisierungsprozess wurde auch durch einen Putsch von Teilen des Militärs im Februar 1991 nicht nachhaltig gestört, denn im darauffolgenden Mai mussten die Generäle nach Massenprotesten in der Hauptstadt den Rückzug in die Kasernen antreten (Murray 1996; LoGerfo 1997:318-323). In den folgenden Jahren lösten sich zahlreiche kurzlebige Mehrparteienkabinette an der Regierung ab, bevor schließlich im

Jahr 1997, auf dem Höhepunkt der thailändischen Währungs- und Finanzkrise, eine neue Verfassung in Kraft trat, die von vielen Beobachtern als Zäsur auf dem Weg Thailands zur liberalen Demokratie gewertet wurde (vgl. Klein 1998; Borwonsak/Burns 1998; Bünthe 2000). Die junge „demokratische Regierungsform mit dem König als Staatsoberhaupt“ schien auf dem Wege der Konsolidierung.

4 Soziale und politische Konflikte in der demokratischen Regierungsform mit dem König als Staatsoberhaupt

Allerdings berücksichtigten zahlreiche Analysen nicht ausreichend, dass die gesellschaftlichen Friktionen durch den Verfassungsprozess keineswegs entschärft worden waren.⁴ Das Militär und die Staatsbeamten, deren politischer Einfluss in den 1990er Jahren kontinuierlich bedroht war, standen weiterhin in kritischer Distanz zur Parteiendemokratie. Obwohl es nach dem Jahr 1991 zunächst keine direkten Interventionen mehr gab, war die Autorität der Parteienregierungen über Verwaltung und Militär stark eingeschränkt – nicht zuletzt, da der Palast durch die Ernennung und Beförderung von Beamten und Offizieren sowie durch das Gewähren von Vergünstigungen ein Netz an Loyalitätsbeziehungen geknüpft hatte, das tief in den staatlichen Bereich bis in Parteien, Medien und Wirtschaft reichte. Insbesondere unter der Regierung von General Prem Tinsulanonda (1980-1988) war ein enges Geflecht proroyalistischer Eliten entstanden, das Duncan McCargo (2005) mit dem Begriff der „Netzwerkmonarchie“ umschrieben hat. Die politische Loyalität der militärisch-bürokratischen Elemente dieses Netzwerks galt nicht der Verfassung und den gewählten Autoritäten, sondern dem Palast.

Die Monarchie stand dem raschen sozialen Wandel, dem Aufstieg des neuen „Geldadels“ und der rasant gestiegenen Korruption in den kurzlebigen Mehrparteienkoalitionen offenkundig kritisch gegenüber (Hewison 1997; 2008a). Da aber der Übergang zur Parteiendemokratie das Ansehen der Krone noch gesteigert hatte, die neue Verfassung die Stellung des Königs als höchste politische Autorität der thailändischen Nation bestätigte und der Palast durch informelle Interventionen in beträchtlichem Maße politischen Einfluss nehmen konnte, schien ihre Stellung innerhalb der „Monarchie-zentrierten“ (Hewison 1997:73) Ordnung ungefährdet.

⁴ Der Autor nimmt sich hier keineswegs aus.

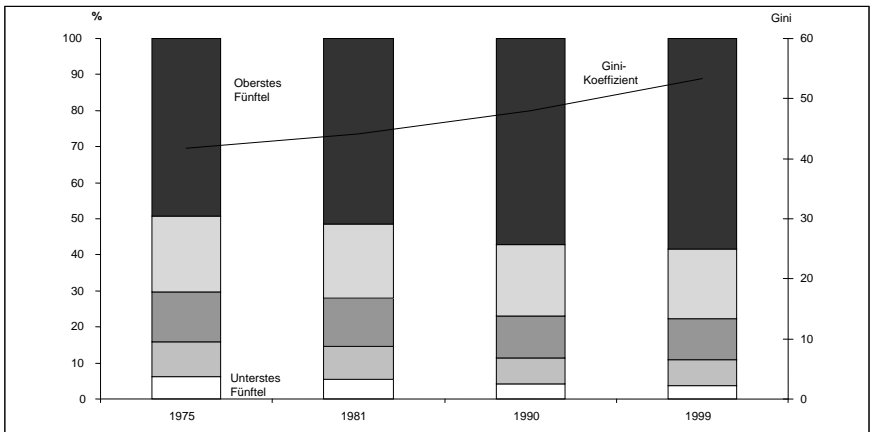
Unter Druck geriet hingegen die Dominanz der Unternehmer und ihrer Parteien, also jene Kraft, die in den 1980er Jahren am stärksten vom Niedergang der *bureaucratic polity* profitiert hatte. Zunehmend litt die Strategiefähigkeit dieser Gruppe an dem Konflikt zwischen alten und „neuen“ Unternehmern. Die etablierten politischen Unternehmer, die häufig aus den Provinzen stammten, hatten ihr Vermögen in den 1960er und 1970er Jahren gemacht, waren in den 1980er Jahren zu politischem Einfluss gekommen und dominierten in den 1990er Jahren die Parteienpolitik. Hingegen lag die ökonomische Basis der „neuen“ Generation von Unternehmern in der exportorientierten Industrialisierung der 1980er Jahre und der Liberalisierung der thailändischen Wirtschaft in den frühen 1990er Jahren. Sie strebten nun ihrerseits nach politischem Einfluss (Handley 1997:98-101; Siripan 2006). Anders als die politischen Unternehmer herkömmlicher Art besaßen zwar auch sie umfangreiche Beziehungen innerhalb von Militär, Verwaltung und Regierung. Doch wie die Asienkrise gezeigt hatte, verfügten die alten Eliten nicht mehr über die Möglichkeit, die Interessen dieser neuen Elite effektiv zu schützen.

Dies war nur eine von mehreren Spannungen, mit denen die thailändische Demokratie konfrontiert war. Die modernen Mittelschichten in Bangkok sahen ihr Interesse an effizienter Regierungsführung und politischer Stabilität immer weniger von den Regierungen der Provinzmagnaten vertreten. Wiederkehrende Korruptionsskandale, über die die Presse ausgiebig berichtete, und das Versagen der Parteienregierungen im Vorfeld der Asienkrise führten dazu, dass im Mittelschichtendiskurs den gewählten Parlamenten und Regierungen pauschal Unfähigkeit, Korruption und eine zweifelhafte Moral vorgeworfen wurde, allesamt Eigenschaften, zu deren Eindämmung politische Reformen als notwendig erachtet wurden (McCargo 1998; Pasuk 1999). Als eigentliche Ursache für die „Übel“ der thailändischen Parteiendemokratie in den 1990er Jahren wurde von den Mittelschichtsintellektuellen und ihren Assoziationen der städtischen „Zivilgesellschaft“ jedoch der große Einfluss des überwiegend armen und gering gebildeten „Elektorats“ auf dem Land ausgemacht, da die ländlichen Wähler korrupten Politikern und *chao pho* ihre Stimme verkauften und so dem Entstehen einer korrumpierten *electocracy* Vorschub leisten würden (Anek 1996:202-208; Ockey 2004:167-170).

Das gesellschaftliche Konfliktpotenzial wurde zusätzlich verschärft durch die schichtspezifische und räumliche Schieflage der Wohlstandsverteilung in der Gesellschaft. Durch Armutsbekämpfung war es in den 1980er und 1990er Jahren

zwar gelungen, für große Teile der Bevölkerung eine verbesserte Befriedigung von Grundbedürfnissen zu erreichen. Gleichzeitig jedoch hatte sich die Spreizung der Einkommen und Vermögen in der Bevölkerung vergrößert. So stieg der Gini-Index zwischen den Jahren 1975 und 1999 von 41,7 auf 53,8 und lag damit deutlich über den Werten anderer südostasiatischer Staaten wie Malaysia, Indonesien und den Philippinen (UNDP 2007:23).

Abb. 2: Entwicklung der Einkommensverteilung (1975-1999)



Anm.: Gini-Index: Maßzahl für die Ungleichverteilung des Einkommens; Minimum 100 (absolut gleiche Verteilung), Maximum 100 (krass ungleiche Verteilung).

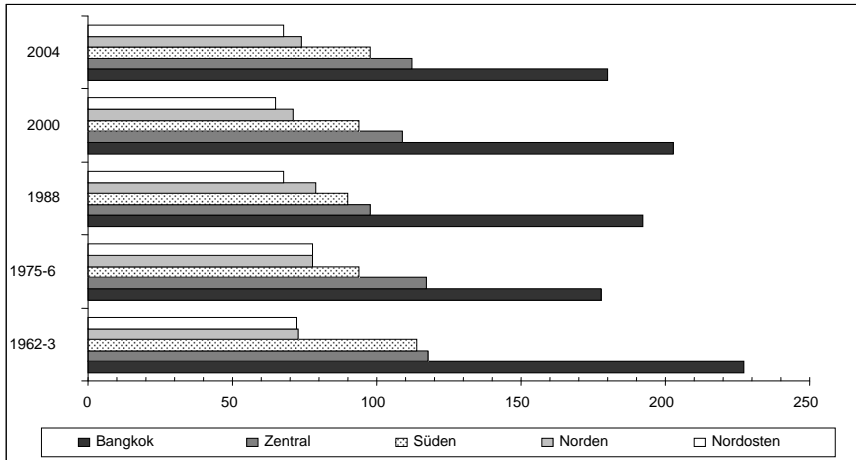
Quelle: Zusammengestellt nach Angaben in Falkus 1999:130; Bello 1998:37; Amara/Rakawin/Naruemol 2002:356.

Zudem kam es zu einer starken Zunahme der Einkommensdisparität zwischen dem oberen Fünftel und allen anderen Einkommensgruppen, besonders aber zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensquintil. Während das obere Fünftel der Bevölkerung im Jahr 1975 achtmal so viel verdiente wie das untere Fünftel, war es 1999 mehr als das 15-fache. Als die Asienkrise das Land traf, existierte kein sozialpolitisches Netz, um die unteren Einkommensgruppen aufzufangen (Amara/Rakawin/Naruemol 2002).

Die ungleiche Verteilung der Wohlfahrtsgewinne korrelierte zudem mit großen regionalen Entwicklungs- und Einkommensunterschieden, welche die ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken noch betonten. Der Blick auf die regionalen

Einkommensunterschiede belegt, dass Bangkok und die Zentralregion vom wirtschaftlichen Aufschwung besonders profitierten, während der Norden und der Nordosten zurückfielen – jene ländlich geprägten Regionen, in denen die größte Zahl an Parlamentsmandaten vergeben wurde und in denen unternehmernahe Kandidaten und Parteien besonders stark vertreten waren.

Abb. 3: Durchschnittliches Haushaltseinkommen nach Region (1962-2004; National = 100)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben in Falkus 1999:132 (1962-1988); National Statistical Office 2000, Average monthly income and expenditure by region: 2000; National Statistical Office 2004.

Politisch bedeutsam wurde das Problem der Verteilungsgerechtigkeit in den 1990er Jahren aus zwei Gründen. Zum einen forderten Arbeiter, städtische Unterschicht und Farmer eine gerechtere Beteiligung an den Wohlstandsgewinnen, bessere soziale Absicherung und mehr politische Mitsprache. Vorgebracht wurden diese Ansprüche nicht von den rechtlich reglementierten und organisationsschwachen Gewerkschaften, den Assoziationen der urbanen Zivilgesellschaft oder den politischen Parteien, sondern vor allem von neuen Graswurzelvereinigungen und Organisationen der „rural-popular civil society“ (Missingham 2003; Napoporn 2002; Somchai 2002). Diese Gruppen verstanden sich zugleich als partizipative Alternative zu den die Interessen der Unternehmer und der städtischen Mittelschichten repräsentierenden Gruppen der „elite-urban civil society“ (Naruemon

2002).

Zum anderen wurden die sozialen Defizite des thailändischen Entwicklungsmodells Ende der 1990er Jahre von Thaksin Shinawatra aufgegriffen. Seine TRT-Partei zielte im Wahlkampf 2001 mit ihren neuen sozialpolitischen Initiativen auf die Unterstützung dieser wirtschaftlich benachteiligten Gruppen.

5 Aufstieg und Kollaps der delegativen Demokratie

Die Konstellation der politischen Kräfte Ende der 1990er Jahre war mithin wesentlich komplexer, als es die in Teilen der Forschung aufgegriffene Dichotomie von Stadt und Land oder von Militär und ziviler Politik suggeriert. Tatsächlich stützte sich die Reformbewegung der 1990er Jahre, die zur Verabschiedung der sogenannten „Volksverfassung“ im Oktober 1997 führte, auf eine heterogene Allianz konservativer, liberaler und „progressiver“ Gruppen (Connors 1999; McCargo 2002). Konservative Kreise der alten Herrschaftselite und liberal gesinnte Vertreter aus Medien, urbaner Zivilgesellschaft und Wissenschaft teilten aus unterschiedlichen Gründen eine negative Sicht des bestehenden Systems, seiner Parteien und Politiker. Sie traten für stärkere Kontrollen der gewählten Parlamente und der Parteienregierungen ein. Auf der anderen Seite sahen die Vertreter von „Graswurzelorganisationen“ und soziale Aktivisten das bestehende parlamentarische System als kooptiert von den alten Kräften des bürokratischen Staates. Aus ihrer Perspektive fand der politische Kampf immer noch zwischen dem Volk und dem alten Patronagesystem statt, dem nicht mehr nur die zivilen und militärischen Bürokraten, sondern auch die gewählten Parlamentarier angehörten (Pasuk 1999; Connors 2003:163ff.). Sie forderten, stärker partizipatorische Elemente in die Verfassung aufzunehmen.

Ein zentraler Wesenszug der neuen Verfassung bestand darin, dass zahlreiche Artikel auf die Schwächung der verbliebenen Mitsprachemöglichkeiten von Militär und Bürokratie und auf die Verringerung der Bedeutung vermeintlich „dunkler“ Einflüsse in der Parteienpolitik abzielten (McCargo 1998). So sollte das Parlament zukünftig durch ein kombiniertes Wahlsystem gewählt werden, wobei das Parteienlistenverfahren die Wahl „geeigneter“ Kandidaten fördern sollte (Ockey 2004:168). Die Stellung des Premierministers gegenüber dem Parlament wurde gestärkt, um so das Erpressungspotenzial kleiner Parteien zu verringern (Klein 1998; Surin 2007:342). Dem Repräsentantenhaus wurde der Senat zur Seite gestellt, der nun nicht mehr mehrheitlich aus ernannten ehemaligen Beamten und Militärs, sondern aus unter Ausschluss der Parteien gewählten

„herausragenden Persönlichkeiten“ bestehen sollte (Croissant/Dosch 2003; Surin 2007:343). Die Kontrollen des weiterhin mehrheitlich von den Wählern auf dem Land gewählten Parlamentes und der Regierung sollten durch Einführung einer Reihe von unabhängigen Verfassungsorganen wie Verfassungsgericht und Nationaler Korruptionsbehörde gestärkt werden. Gleichzeitig wurde das passive Wahlrecht auf Personen mit Hochschulabschluss beschränkt (Constitution of the Kingdom of Thailand 1997, Art. 107).

5.1 Aufstieg der delegativen Demokratie

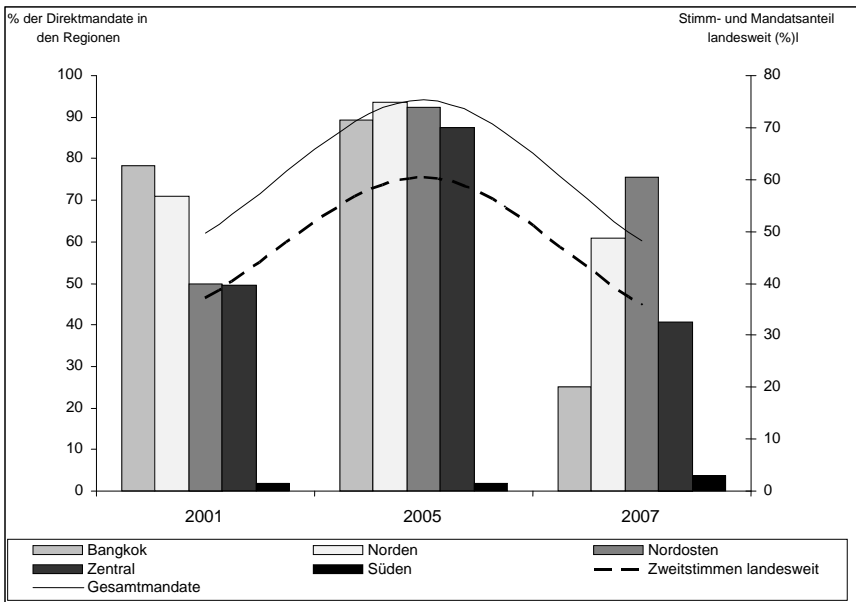
Die bestehenden Konflikte wurden indes von der neuen Verfassung nur mühsam überdeckt. Wie die Entwicklung der folgenden Jahre zeigte, waren zudem die institutionellen Neuerungen nicht frei von unintendierten Konsequenzen. Als folgenschwerste ist der politische Aufstieg des ehemaligen Polizeioffiziers und milliardenschweren Telekommunikationsunternehmers Thaksin Shinawatra und seiner im Jahr 1998 gegründeten Partei Thai Rak Thai (TRT) zu nennen. Thaksin verkörperte geradezu phänotypisch das Streben einer neuen Generation politischer Unternehmer nach Einflussnahme (Hewison 2003; Pasuk/Baker 2004).

Der TRT gelang bei den Parlamentswahlen im Januar 2001 ein Erdrutschsieg. Auf Anhieb gewann die Partei 248 Sitze und verpasste damit die absolute Mehrheit nur um drei Mandate. Der Wahlerfolg der TRT hatte verschiedene Ursachen (Croissant/Dosch 2003; McCargo/Ukrist 2005). Das neue Wahlsystem mit seinen Disproportionalitätseffekten zugunsten der TRT trug ebenso dazu bei wie der Einsatz neuer Wahlkampftechniken und Stimmenkauf (Orathai 2002). Darüber hinaus gelang es Thaksin, zahlreiche Abgeordnete und Kandidaten aus anderen Parteien „abzuwerben“ und so bestehende politische Netzwerke auf lokaler Ebene für seine Partei zu nutzen (Siripan 2006:123-132).

Allerdings lässt sich der Wahlerfolg und die in den folgenden Jahren zu beobachtende „Thaksinisierung“ (McCargo/Ukrist 2005) der thailändischen Politik nicht ohne Bezug auf die soziale Konfliktlage erklären, in der sich die thailändische Politik Ende der letzten Dekade befand. Die Vertrauenskrise der parlamentarischen Institutionen und der sie tragenden Parteien sowie der Umstand, dass viele ländliche Wähler sich von der Bangkokker Politik vernachlässigt und als Verlierer der Asienkrise fühlten, erzeugten Ressentiments, die Thaksin geschickt für sich zu nutzen wusste. Vor allem erkannte Thaksin das politische Potenzial der städtischen Arbeiter und der Landbevölkerung (Somchai 2008;

Walker 2008). Seine gegen die alte politische Elite und die regierenden Parteien gerichtete Rhetorik traf das Empfinden vieler Wähler im Norden und Nordosten und der urbanen Unterschichten sowie der sogenannten „Oktoberisten“ – Angehörige der Demokratiebewegung von 1973, die sich nach dem Putsch im Oktober 1976 den Kommunisten angeschlossen hatten und in den 1980er und 1990er Jahren als Aktivisten Teil der thailändischen „Zivilgesellschaft“ wurden (Surin 2007:345). Es lassen sich zudem Hinweise finden, dass Thaksin anfänglich auch die Unterstützung einflussreicher Personen aus dem royalistischen Netzwerk besaß (McCargo 2005:513).

Abb. 4: Ergebnisse der TRT und PPP bei den Parlamentswahlen 2001-2007



Anm.: Stimmenanteile landesweit: nur Zweitstimme; Mandatsanteil landesweit: Direkt- und Listenmandate; Angaben für die Jahre 2001 und 2005 beziehen sich auf Thai Rak Thai, für 2007 auf People's Power Party. Ergebnisse für das Jahr 2007 ohne Disqualifikationen und Nachwahlen.
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben in Croissant/Pojar 2006; The Nation, January 7, 2008; Baker 2007.

Wie der Blick auf die Wahlergebnisse in den Regionen zeigt (vgl. Abbildung 4) war

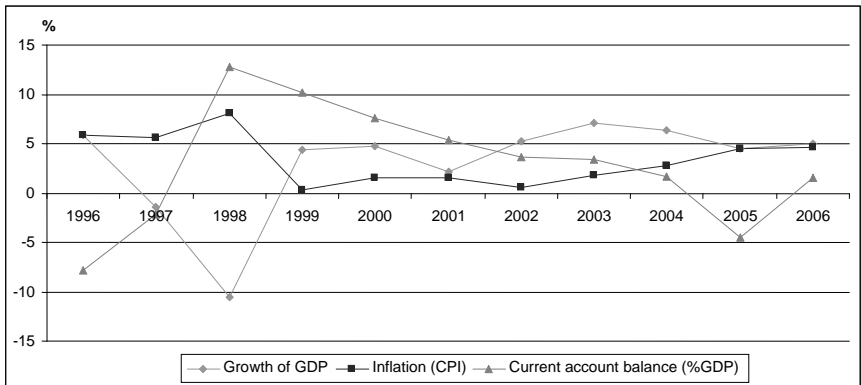
Thaksins Wahlkampf nicht nur im Norden und Nordosten erfolgreich, sondern auch in Bangkok, wo die TRT 29 der 37 Mandate gewinnen konnte. Tatsächlich sprach Thaksins Wahlprogramm nicht nur die ländlichen Wähler, sondern auch die urbanen Unter- und Mittelschichten an. Die von Kritikern als „populistisch“ bezeichneten Wahlversprechen der TRT wie die Auflage des Village Community Fund (VCF), ein Schuldenmoratorium für Kleinbauern und die Einführung einer kostengünstigen Krankenversicherung für Bezieher von niedrigem Einkommen (30 Baht Universal Health Scheme, UHS) brachten Thaksin die Unterstützung zahlreicher Wähler aus den ökonomisch benachteiligten Schichten. Den städtischen Mittelschichten hingegen versprach Thaksin eine neue, effizientere Form der Regierungsführung, die sich an den Prinzipien moderner Unternehmensführung orientieren sollte („CEO prime minister“; vgl. Pasuk/Baker 2004:102).

Bereits kurz nach Amtsantritt machte sich die Regierung Thaksin an die Umsetzung einiger dieser Wahlversprechen. Der fiskalische Spielraum hierfür ergab sich aus dem einsetzenden Exportboom und dem von der öffentlichen Hand durch kreditfinanzierte Ausgabenpolitik angekurbelten Wachstum der Binnennachfrage (Bhanupong 2006). Arbeiter, städtische Unterschicht und Landbevölkerung kamen in den Genuss neuer Programme wie dem VCF, der Etablierung einer „Volksbank“, dem „One Tambon Project“ zur Förderung lokaler Nischenprodukte und dem UHS (Hewison 2003). Ein Jahr nach dem Regierungsantritt kündigte der Premierminister weitere Maßnahmen wie den Ausbau des staatlich geförderten Wohnungsbaus, die Verteilung von Land an Kleinbauern, bessere Bildung für Kinder aus der Arbeiterschaft und höhere Löhne für gelernte Arbeiter an (Hewison/Brown 2004:22). Aufgrund hoher Wachstumsraten bei moderater Inflation profitierten aber auch die Mittelschichten zunächst von der Wirtschaftspolitik Thaksins.

Wirtschaftliche Erfolge und die Implementierung sozialpolitischer Initiativen gingen allerdings einher mit einem Regierungsstil, der in der Literatur als „autoritärer Populismus“ (Ake 2006), „demokratischer Autoritarismus“ (Thitinan 2003) oder schlicht als „Elektokratie“ (Kasian 2006) bezeichnet worden ist. Treffender lässt sich die Herrschaftspraxis Thaksins allerdings mit dem von O'Donnell (1994) geprägten Begriff der „delegativen Demokratie“ erfassen.⁵

⁵ Ich verdanke den Hinweis auf die Charakterisierung von Thaksins Regierungsstil als „delegative Demokratie“ Paul Chambers und Napisa Waitoolkiat.

Abb. 5: Entwicklung makroökonomischer Fundamentaldaten



Quelle: Asian Development Bank (2004ff.).

Im Kern des „delegativen Syndroms“ steht die Vorstellung, dass eine aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung durch den Mehrheitswillen der Wähler dazu legitimiert ist, zeitlich begrenzt im Namen des Volkes zu sprechen und das ihrer Ansicht nach Beste für den Staat und seine Bürger zu tun. Institutionen, die auf der horizontalen Ebene die Exekutive hemmen oder intermediäre Organisationen, die sich in die vertikale Dimension zwischen Regierende und Regierte schieben, stören die Entscheidungseffizienz (Merkel/Croissant 2000). Zwar erfüllt die delegative Demokratie die institutionellen Minimalbedingungen demokratischer Ordnung nach Robert Dahl (1971). Jedoch ist die politische Verantwortlichkeit der gewählten politischen Führung beschränkt auf die vertikale Ebene – „making elected officials answerable to the ballot box“ (O’Donnell 1994:6). Hingegen werden Verfahren und Regeln, die im demokratischen Verfassungsstaat die horizontale Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber anderen Staatsorganen sichern, ignoriert oder umgangen und intermediäre Strukturen der repräsentativen Demokratie wie Parlament, politische Parteien oder Verbände sind marginalisiert (O’Donnell 1998; Merkel 2004).

Der „delegative Code“ (O’Donnell 1996) der thailändischen Demokratie unter Thaksin lässt sich an zahlreichen Facetten seiner Regierungspraxis dokumentieren. Zum einen sind Versuche zu nennen, die Machtarrondierung der Exekutive voranzutreiben und den Verweis auf das eigene demokratische Mandat

zur Ausschaltung unabhängiger Staatsorgane zu instrumentalisieren. Durch politische Nadelstiche, offene Missachtung und die Nominierung ihr wohlgesonnener Kandidaten schwächte die Regierung systematisch die Stellung des Verfassungsgerichts, der Antikorruptionsbehörde und der Wahlkommission (Thitinan 2003).⁶

Zum anderen kam es zur Zentralisierung von politischer Autorität in der Exekutive und insbesondere auf die Person des Regierungschefs. Hierdurch wurde nicht nur das Parlament marginalisiert, sondern auch jenes informelle Netzwerk geschwächt, das in den Jahren zuvor ein Gegengewicht zu Parlament und Regierung gebildet hatte und es Militärs, Bürokratien und der Monarchie ermöglichte, außerhalb der formalen Institutionen des parlamentarischen Systems Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen. Bereits kurz nach Amtsantritt hatte Thaksin damit begonnen, Führungspositionen in Polizei, Staatsmedien, einflussreichen Regierungsbehörden und bürokratischen Organisationen mit politischen Weggefährten zu besetzen. Als erster ziviler Premierminister nahm er für sich in Anspruch, selbst über die Besetzung von Spitzenpositionen im Militär zu entscheiden. Thaksin nutzte diese Möglichkeit, um Familienangehörige und Mitglieder seiner Abschlussklasse der Vorbereitungsschule für die Militärakademie, die der Premierminister vor seinem Eintritt in die Polizei besucht hatte, auf Schlüsselpositionen zu setzen (McCargo/Ukrist 2005; Ukrist 2008).

Drittens wurden politische Parteien, Nichtregierungsorganisationen und Interessengruppen durch den „populistischen“ Stil des Regierungschefs mehr und mehr an den Rand des politischen Geschehens gedrängt. Dies galt selbst für Gruppen und Akteure, die Thaksin zu Beginn noch unterstützt hatten. Parallel hierzu verstärkte die Regierung ihren Griff um Radio und Fernsehen. Im Zusammenspiel mit der Medienmacht des von Thaksin kontrollierten Firmenkonglomerats der Shin Corporation war es der Regierung möglich, zunehmend die Medien zu kontrollieren (Chambers 2006:291-293).

Viertens schließlich ging die Konzentration von politischer Macht in der Exekutive mit der Verletzung von Bürgerrechten und rechtsstaatlichen Grundsät-

⁶ Als es etwa auf Initiative der National Counter Corruption Commission (NCCC) aufgrund möglicher Verstöße gegen das Wahlgesetz im August 2001 zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen den neu gewählten Premier vor dem Verfassungsgericht kam, bestritt Thaksin die Legitimität des Verfahrens, indem er auf das Wählervotum verwies: „It’s strange that the leader who was voted by 11 million people had to bow to the ruling of the NCCC and the verdict of the Constitutional Court, two organizations composed of only appointed commissioners and judges, whom people do not have a chance to choose“ (*Bangkok Post*, 5 August 2001, zitiert nach Pasuk/Baker 2004:5).

zen einher. „Harte“ Menschenrechtsverletzungen nahmen phasenweise und in einzelnen Landesteilen ein alarmierendes Ausmaß an. Ein im Februar 2003 von der Regierung verkündeter „Krieg gegen die Drogen“ kostete in drei Monaten 2.245 Menschen das Leben. Bei der Bekämpfung des Aufstands in den drei mehrheitlich von Muslimen bewohnten Südprovinzen des Landes kam es zu massiven Menschenrechtsverletzungen (Croissant 2005).

Der Popularität der Regierung tat all dies zunächst keinen Abbruch. Vielmehr fielen die populistischen Appelle des Premierministers und die Forderung nach Zentralisierung politischer Entscheidungskompetenzen in der Regierungsspitze auf fruchtbaren Boden, zumal die Regierung auf die hohe „Responsivität“ der eigenen Politik verweisen konnte (Case 2007:630). Daten des *AsiaBarometer* für das Jahr 2003 veranschaulichen dies. Die große Mehrzahl der Bürger empfand nur geringe Besorgnis aufgrund der delegativen Tendenzen des politischen Systems. Ihr Interesse galt Themen wie der Bekämpfung von Drogenmissbrauch und Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Teilhabe am Wirtschaftswachstum – Themen, denen die Regierung Priorität einräumte und für die ihr eine hohe Problemlösungsfähigkeit attestiert wurde (Chaiwat/Stern 2005:97-98). Entsprechend konnte die Regierungspartei TRT bei den Parlamentswahlen vom Februar 2005 ihre Parlamentsmehrheit auf 75% der Mandate ausbauen. In allen Regionen außer dem Süden des Landes konnte die TRT zulegen (vgl. Abbildung 4). Besonders ausgeprägt war der Rückhalt für Thaksin im Norden und Nordosten.

5.2 Der Kollaps der delegativen Demokratie

Letztlich scheiterte der Versuch, durch Institutionalisierung einer delegativen Demokratie das fragile Gleichgewicht der politischen Kräfte in der thailändischen Gesellschaft neu zu ordnen, am Widerstand der traditionellen Elite und der fehlenden Akzeptanz in Teilen der Gesellschaft. Dieses Scheitern lässt sich nicht auf eine Ursache alleine zurückführen. Verschiedene Faktoren spielten eine Rolle. Ein Grund ist in der mit zunehmender Amtsdauer offenkundiger werdenden Diskrepanz zwischen der auf die Bedürfnisse der unteren sozialen Schichten abzielenden Rhetorik der Regierung und ihrer auf Förderung von Freihandel, Privatisierung und wirtschaftlicher Liberalisierung basierenden unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik zu sehen. Im Zusammenwirken mit der Indifferenz Thaksins gegenüber den Interessen und Meinungen zahlreicher sozialer und politischer Akteure führte dies dazu, dass sich soziale Aktivisten und

NGOs von der Regierung abwandten (Pye/Schaffar 2008).

Ein weiterer Faktor war die nachlassende Konjunktur und die Erschöpfung der öffentlichen Finanzen, die dafür sorgten, dass in den Mittelschichten die Kritik an der Regierung zunahm (Kasian 2006:32). Das Versagen der Regierung im Umgang mit dem Aufstand im Süden und die immer tiefer reichende Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundsätze riefen unter liberalen Intellektuellen, Wissenschaftlern, manchen Oppositionspolitikern und den hauptstädtischen Medien Protest hervor. Zugleich verschärften sich aber auch die Spannungen zwischen Teilen des Militärs und der der Monarchie nahestehenden Kreise in Politik und Wirtschaft (Pye/Schaffar 2008; Hewison 2008a:203-205).

Im Februar 2006 kam es zur Gründung einer von Akademikern, Intellektuellen, städtischen Mittelschichten, royalistischen Kreisen und Nichtregierungsorganisationen getragenen „Volksallianz für Demokratie“ (PAD). Die einzige Gemeinsamkeit dieser von wenigen Führungspersonen dominierten, heterogenen Bewegung bestand in der Forderung nach dem Rücktritt Thaksins (Kasian 2006; Montesano 2007; Nelson 2007; Pye/Schaffar 2008). Da die intermediären Strukturen des parlamentarischen Systems aufgrund der Hegemonie der TRT für die Artikulation von Protest und Dissens keinen Raum ließen, verlagerte sich der Protest auf die Straßen der Hauptstadt.

Die Demonstranten bestritten sowohl die moralische Autorität Thaksins zur Führung der Regierung als auch seine demokratische Legitimität. Die demokratietheoretisch problematische Begründung hierfür lautete, dass die Regierung sich vor allem auf die Stimmen der ungebildeten und informierten Wähler außerhalb Bangkoks stützte. Diese hatten sich von der „populistischen“ Rhetorik des Premierministers täuschen lassen, da ihnen die Einsicht in das „nationale Wohl“ fehle und sie nur aus kurzfristigem wirtschaftlichen Nutzenkalkül von ihrem Stimmrecht gebraucht gemacht hätten (Nelson 2007:8-10).

Die Regierung Thaksin reagierte auf die Proteste mit der Auflösung des Parlaments und der Ankündigung von Neuwahlen im April 2006. Konfrontiert mit der Aussicht auf eine weitere Wahlniederlage, boykottierten die Oppositionsparteien den Urnengang. Auf Intervention des Königs hin wurde der Wahlgang von der Wahlkommission aus technischen Gründen für ungültig erklärt (Ockey 2007). In den folgenden Monaten nahm die Polarisierung zwischen den Anhängern der Regierung und ihren Gegnern immer mehr an Schärfe zu. In der akuten politischen Krise kam es schließlich zur Formierung einer informellen militärisch-zivilen „Coup-Koalition“ aus Militärs, Staatsbeamten und zivilen Gruppen, die bereit

waren, zum Schutz ihrer Interessen auf die Unterstützung der Streitkräfte zu bauen.

Ausschlaggebend für den September-Putsch dürften letztlich drei Faktoren gewesen sein. Erstens sah das Militär seine institutionelle Integrität durch den Machtanspruch Thaksins gefährdet. Tatsächlich war es dem Premierminister gelungen, im Militär ein weitläufiges Netzwerk an persönlichen Günstlingen, Freunden und Unterstützern zu etablieren, dessen Zweck darin bestand, Widerstand der Streitkräfte gegen seine Politik auszuschalten (Ukrist 2008). Die von Thaksin angestrebte Neuordnung der Verwaltung und Stärkung der Einflussmöglichkeiten des Premierministers auf die staatliche Verwaltung drohte zudem noch vorhandene autonome Spielräume der Staatsbeamten vollends auszuhebeln (Painter 2005:18).

Zweitens wurde die Konfrontationspolitik Thaksins gegenüber der Opposition und seine erfolglose Politik der „harten Hand“ gegenüber den aufständischen Muslimen im Süden von Militär, Wirtschaftskreisen, den städtischen Mittelschichten und der konservativen, der Monarchie nahestehenden politischen Elite des Landes zunehmend als Gefahr für eine soziale und politische Entwicklung der thailändischen Nation wahrgenommen (Kasian 2006:32).

Drittens schließlich bestand offenkundig in Teilen von Beamenschaft, Militär und alter Aristokratie die Furcht, dass Thaksins Politik die Stellung der Monarchie als oberste Autorität des Landes bedrohte. Diese Befürchtungen waren keineswegs unbegründet. In letzter Konsequenz zielte der delegative Regierungsstil Thaksins auf die Ausschaltung des „royalistischen Netzwerks“ und seine Verdrängung durch ein auf den Premierminister ausgerichtetes Ordnungsmodell. Vor allem die große Popularität des Premierministers unter der Landbevölkerung im Norden und Nordosten musste als Bedrohung der Monarchie erscheinen, hatte der Palast doch seit den 1970er Jahren besondere Anstrengungen unternommen, die Loyalität dieser Bevölkerungsgruppen an die Monarchie zu binden (Montesano 2007:325). So erstaunt es nicht, dass im Laufe der politischen Auseinandersetzung der Konflikt zwischen Monarchie und demokratisch gewähltem Premier stärker in den Vordergrund rückte (Thongchai 2008). Loyalitätsbekundungen der Armeeführung für die Monarchie, Warnungen vor einer drohenden „Republikanisierung“ des politischen Systems und Kritik an Thaksin aus dem Umfeld des Palastes mehrten sich. Innerhalb der PAD wurde die Forderung nach Ablösung Thaksins durch eine dem König verantwortliche Übergangsregierung laut (Nelson 2007). In der sich fast täglich zuspitzenden Auseinandersetzung

nutzte das Militär die Gelegenheit, den auf einer Auslandsreise befindlichen Regierungschef am 19. September 2006 zu stürzen.

6 Schlussfolgerungen und Ausblick

Ohne Zweifel markiert der Staatsstreich vom September 2006 einen Rückschritt für die Demokratieentwicklung in Thailand. Wer mit der Verabschiedung der „Verfassung des Volkes“ im Oktober 1997 die Hoffnung verband, dass alle politisch relevanten Gruppen die Demokratie als „only game in town“ (Przeworski 1991:26) akzeptieren würden, hat die Möglichkeiten des „institutional engineering“ überschätzt und das gesellschaftliche Konfliktpotenzial unterschätzt.

Wie eingangs des Beitrags erwähnt verschließt sich der Kollaps der parlamentarischen Demokratie in Thailand allzu einfachen Erklärungen. Der September-Coup war nicht „nur“ ein Konflikt zwischen zivilen, demokratisch gewählten Autoritäten und machthungrigen Militärs; er war auch nicht schlicht das Ergebnis der Konfrontation zwischen urbaner und Landbevölkerung, einer royalistischen Verschwörung gegen die repräsentative Demokratie oder der Auseinandersetzung konkurrierender Unternehmergruppen um materielle Aneignungsinteressen. Vielmehr vermischten sich alle angesprochenen Faktoren zu einer komplexen Konfliktlage aus konkurrierenden Interessen, Zielen, Werten und Idealen, die im Rahmen der vorhandenen (formal)demokratischen Verfahren nicht zu lösen war.

Die von Duncan McCargo und Ukrist Pathmanand als „Thaksinisierung“ Thailands umschriebene Herrschaftsweise Thaksin Shinawatras lässt sich als Verdrängung einer auf die Monarchie zentrierten politischen Ordnung durch eine auf den Regierungschef zugeschnittene „delegative Demokratie“ fassen. In diesem Sinne war die Konfrontation des Jahres 2006 auch ein Konflikt zwischen zwei aufgrund ihrer Funktionslogiken unversöhnlichen Ordnungsmodellen. Die delegative Demokratie Thaksins beruhte auf dem Prinzip der durch Wahlen legitimierten Machtkonzentration in der Exekutive. Bei der „demokratischen Regierungsform mit dem König als Staatsoberhaupt“ hingegen handelte es sich um ein auf institutionalisierten und informellen Mechanismen basierendes Modell der Machtdispersion zwischen unterschiedlichen politischen Eliten und gesellschaftlichen Kräften. Im Zentrum dieses Ordnungsmodells stand die Monarchie als höchste Autorität, Schiedsinstanz und Vetomacht.

Eine strukturalistisch informierte Analyse ermöglicht ein besseres Verständnis der Opportunitätsstrukturen in Gesellschaft, Ökonomie und Politik, die in den späten 1990er Jahren den Aufstieg der delegativen Demokratie Thaksins begüns-

tigt haben. Darüber hinaus vermittelt sie ein genaueres Bild von der Konfiguration politischer Kräfte und den Faktoren, die im Spätsommer 2006 auf die Formierung einer militärisch-zivilen Coupkoalition hingewirkt haben. Zudem gibt sie den Blick frei auf einige der kritischen Probleme der thailändischen Demokratieentwicklung, welche diese wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren belasten werden. Aus Perspektive der strukturalistischen Transformationstheorie lässt sich der Konflikt zwischen konkurrierenden Demokratievorstellungen und die gescheiterte Konsolidierung der Demokratie in Thailand letztlich auf Interessenkonflikte und konkurrierende Machtansprüche zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, ihren politischen Eliten und der traditionellen Machtelite aus Militär, Staatsbürokratie und Monarchie zurückführen. Wirtschaftliche Modernisierung und gesellschaftlicher Strukturwandel infolge kapitalistischer Industrialisierung haben einen tief greifenden sozialen und kulturellen Wandel angestoßen. Die politischen Konsequenzen sind in der Entwicklungssequenz von der absoluten Monarchie über die *bureaucratic polity* zur „Monarchie-zentrierten“ parlamentarischen Demokratie und schließlich zur delegativen Demokratie Thaksins zu sehen.

Die weiteren Perspektiven der Demokratieentwicklung in Thailand sind zumindest kurzfristig pessimistisch zu bewerten. Zwar hat das Königreich mit den Parlamentswahlen vom 23. Dezember letzten Jahres vordergründig auf den Weg der Demokratisierung zurückgefunden. Der Wahlsieg der Thaksin-nahen People's Power Party (PPP) und der Regierungsantritt einer Sechsparteienkoalition unter Führung der PPP verdeutlicht jedoch, dass die Spaltung der thailändischen Gesellschaft entlang der genannten Konfliktlinien weiterhin relevant ist. Angesichts dessen erscheint es zweifelhaft, ob die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie die Schärfe der politischen Gegensätze mildern kann. Vielmehr hat der politische Prozess seit dem Putsch bestätigt, dass die thailändische Politik im Bereich des Elitenverhaltens durch autoritäre Tendenzen, undemokratische Einstellungen und Orientierungen geprägt ist. Arbeiterschaft und Landbevölkerung sind weiterhin politisch exkludiert, da ihnen die organisatorische Basis für die politische Vertretung ihrer Interessen fehlt.

Die Ankündigung des vom Militär eingesetzten „zivilen“ Übergangspremiers, Exgeneral Surayud Chulanont, dass die Streitkräfte auch zukünftig eine „Vermittlerrolle“ in der thailändischen Demokratie ausüben werden (ST, 9.11.2006) prägt die neue Verfassung vom August 2007. Diese enthält zahlreiche Bestimmungen, die erkennen lassen, dass den sich als Sachwalter der Monarchie verstehenden

Akteuren für die Zukunft eine erneuerte Variante der „demokratischen Regierungsform mit dem König als Staatsoberhaupt“ vorschwebt, in der demokratische Elemente zugunsten der Mitsprache von Monarchie und den ihr nahestehenden Akteuren aus Militär und Bürokratie eingeschränkt wurden (Connors/Hewison 2008:2; Hewison 2008b; Ukrist 2008).

Auf Dauer dürften zwei Defizite der thailändischen Demokratieentwicklung besonders problematisch wirken. Zum einen ist das offensichtliche Fehlen eines demokratischen Grundkonsenses zwischen den politischen und sozialen Kräften zu nennen, der mehr als nur ein diffuses Bekenntnis zu Demokratie umfasst, sondern auch die Legitimität unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen anerkennt und flexibel genug ist, diese Interessen im politischen Prozess angemessen zu berücksichtigen. In dieser Hinsicht ist auch der Beitrag gesellschaftlicher Assoziationen und der Mittelschichten zur Demokratieentwicklung kritisch zu bewerten. Die in ihrem Demokratieverständnis durchaus ambivalente, gegen Thaksin agierende „Volksallianz für Demokratie“ hat einmal mehr die schwachen Wurzeln von Liberalismus und „Zivilität“ (Dahrendorf 1991) in der thailändischen Gesellschaft aufgezeigt, die den Nährboden für die Verdrängung liberaldemokratischer Institutionen durch Thaksin wie durch die Militärjunta gebildet hat. Gesellschaftliche Assoziationen und politische Parteien wirken in Thailand nicht als „kleine Schulen der Demokratie“ (Tocqueville). Wie die Rolle „zivil“-gesellschaftlicher Vereinigungen während der Regierung Thaksin und während der Proteste vom Jahr 2006 veranschaulicht, fördern sie zwar politische Partizipation. Dies geht jedoch nicht einher mit einer Vermittlung bürgerschaftlicher Tugenden und demokratischer Werte und Normen. Sofern Assoziationen in Thailand die Demokratie fördern, geschieht dies durch Einübung partizipativer Techniken, nicht aber, indem liberale Werte und Elemente einer bürgerschaftlichen politischen Kultur vermittelt werden. Dies ist kein spezifisch thailändisches Phänomen, sondern gilt, wie Untersuchungen im Rahmen des *Asian Barometer Survey* belegen, für die meisten Gesellschaften in Ostasien (Park/Lee 2007).

In Thailand allerdings wirkt diese Schwäche der gesellschaftlichen Assoziationen besonders problematisch auf den demokratischen Prozess, da sie einhergeht mit dem Versagen der politischen Parteien bei der Inklusion, Repräsentation und Vermittlung heterogener sozialer Interessen. Das Fehlen einer starken demokratischen Arbeiterpartei oder einer durchsetzungsfähigen parteipolitischen Vertretung der Kleinbauern und Landbevölkerung, die Diskreditierung der Parteien aufgrund der Vermischung von Parteipolitik und kriminellen Strukturen

(*chao pho*) und die tiefe Spaltung der thailändischen „Zivilgesellschaft“ in einen urbanen und einen Graswurzelsektor hat dazu geführt, dass die Mehrheit der Bürger politischen Parteien, gesellschaftlichen Assoziationen und Nichtregierungsorganisationen mit Misstrauen begegnet (Stern 2007:134-135).

Das Fehlen einer durchsetzungsstarken Arbeiter- oder Bauernpartei, aber auch einer einigermaßen dauerhaften und gut institutionalisierten bürgerlichen Partei hat verschiedene Gründe, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. Im Kontext der strukturalistischen Argumentation, die hier vorgelegt wurde, liegt es jedoch nahe, den spezifischen Modernisierungspfad Thailands, mit der politischen Schwäche des städtischen Bürgertums bis weit in die 1980er Jahre, die politische und ökonomische Kontrolle der Arbeiterschaft und Landbevölkerung sowie die Dominanz von Unternehmerinteressen in der Parteienpolitik und die ungebrochen starke Stellung der Monarchie als Hauptursachen zu nennen. Institutionelle Faktoren (Parteien- und Wahlrecht) und die geringe Salienz der sozioökonomischen Konfliktlinie in der Herausbildung des thailändischen Parteiensystems bis weit in die 1990er Jahre hinein sind weitere Ursachen (vgl. Croissant 2008; Croissant/Schächter 2008).

Das gering institutionalisierte und wenig responsive Parteiensystem sowie die genannten Schwächen gesellschaftlicher Organisationen haben Thaksin und seiner TRT erst die Möglichkeit geboten, sich als Alternative für die wirtschaftlich und politisch benachteiligten Bevölkerungsschichten zu profilieren. Für die Demokratieentwicklung Thailands sind daher auch nach dem Rückzug der Militärs von der Regierung erhebliche Konsolidierungsschwierigkeiten zu erwarten.

Literatur

- Ake, Tangsupvattana (2006), „Towards Authoritarian Populism or Participatory Democratic Governance?“, in: Tay, Simon S.C./Hwee, Yeo Lay (eds.), *Elections in Asia-making democracy work*, Singapore: Marshall Cavendish
- Amara, Pongsapich/Rakawin, Leechanawanichphan/Naruemol, Bunjongjit (2002), „Social Protection in Thailand“, in: Adam, Erfried/von Hauff, Michael/John, Marei (eds.), *Social Protection in Southeast Asia & East Asia*, Singapore: Friedrich-Ebert-Stiftung, S.313-363
- Anderson, Benedict (1977), „Withdrawal Symptoms: Social and Cultural Aspects of the October 6 Coup“, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, 9 (3), S.13-30
- Anek, Laothamatas (1996), „A Tale of Two Democracies: Conflicting Perceptions

- of Elections and Democracy in Thailand“, in: Taylor, R.H. (ed.), *The Politics of Elections in Southeast Asia*, New York: Cambridge University Press, S.201-223
- Asian Development Bank (2004ff.), *Asian Development Outlook*, Manila
- Baker, Chris (2007), *Mapping the Results*. Online: <http://rspas.anu.edu.au/rmap/newmandala/2007/12/27/mapping-the-result/> (Aufruf: 09.01.2008)
- Bello, Waldon (1998), *A Siamese Tragedy. Development & Disintegration in Modern Thailand*, London & New York: Zed Books
- Bhanupong, Nidhiprabha (2006), „The Resilience of the Thai Economy“, in: Hogue, C. (ed.), *Thailand's Economic Recovery*, Singapore: ISEAS, S.1-26
- Borwonsak, Uwano/Burns, Wayne D. (1998), „The Thai Constitution of 1997 Sources and Processes“, in: *University of British Columbia Law Review*, 32 (2), S.227-249
- Brown, Andrew (1997), „Locating Working-Class Power“, in: Hewison, K. (ed.), *Political Change in Thailand: Democracy and Participation*, London: Routledge, S.163-179
- Büntje, Marco (2000), *Probleme der demokratischen Konsolidierung in Thailand*, Hamburg: IfA
- Case, William (2007), „Democracy's Quality and Breakdown: New Lessons from Thailand“, in: *Democratization*, 14 (4), S.622-642
- Chai-anan, Samudavanija (1989), „State-Identity Creation, State-Building and Civil Society“, in: Reynolds, C.J. (ed.), *National Identity and Its Defenders Thailand, 1939-1989*, Chiang Mai: Silkworm Books, S.59-87
- Chai-anan, Samudavanija/Morrell, David (1981), *Political Conflict in Thailand*, New York: Oelgeschlager
- Chaiwat, Khamchoo/Stern, Aron (2005), „Thailand: The Primacy of Prosperity in Democracy“, in: Inoguchi, T./Basáñez, M./Tanaka, A./Dadabaev, T. (eds.), *Values and Life Styles in Urban Asia. A Cross-Cultural Analysis and Sourcebook Based on the AsiaBarometer Survey of 2003*, Mexico City: SIGLO XXI Editores, S.79-103
- Chambers, Paul (2006), „Consolidation of Thaksinocracy and Crisis of Democracy. Thailand's 2005 Election“, in: Croissant, A./Martin, B. (eds.), *Between Consolidation and Crisis. Elections and Democracy in Five Nations in South-east Asia*, Münster: Lit Verlag, S.277-329
- Connors, Michael K. (2003), *Democracy and National Identity in Thailand*, London: RoutledgeCurzon

- (1999), „Political Reform and the State in Thailand“, in: *Journal of Contemporary Asia*, 29 (2), S.202-226
- Connors, Michael K./Hewison, Kevin (2008), „Introduction. Thailand and the ‘Good Coup’“, in: *Journal of Contemporary Asia*, 38 (1), S.1-10
- „Constitution of the Kingdom of Thailand (1997)“, in: *Government Gazette*, Vol.114, Part 55a, dated 11th October B.E. 2540
- Croissant, Aurel (2008), „Die Parteiensysteme neuer Demokratien in Ostasien: Merkmale, Typen und Institutionalisierungsgrad“, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 2, S.1-29
- (2005), „Unrest in South Thailand: Contours, Causes, and Consequences Since 2001“, in: *Contemporary Southeast Asia*, 27 (1), S.21-44
- (2002), *Von der Transition zur Defekten Demokratie. Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Croissant, Aurel/Pojar, Daniel (2006), „The Parliamentary Elections in Thailand, February 2005“, in: *Electoral Studies*, 25, S.184-191
- Croissant, Aurel/Schächter, Teresa (2008), „Nationalisierung, Institutionalisierung und Demokratisierung: Die Parteiensysteme junger Demokratien in Asien und Lateinamerika im Vergleich“ (Manuskript)
- Dahl, Robert (1971), *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven: Yale University Press
- Dahrendorf, Ralf (1991), „Die gefährdete Civil Society“, in: Michalski, K. (ed.), *Europa und die Civil Society*, Stuttgart: Klett, S.247-263
- Doner, Richard/Ramsay, Ansil (2000), „Rent-seeking and Economic Development in Thailand“ in: Khan, M./Sundaram, J.K. (eds.), *Rents, Rent-seeking and Economic Development*, Cambridge: Cambridge University Press, S.145-181
- Falkus, Malcom (1999), „Income Inequality and Uncertain Democracy in Thailand“, in: Minami, R./Kim, W.S./Falkus, M. (eds.), *Growth, Distribution and Political Change: Asia and the wider world*, New York: St. Martin’s Press, S.114-143
- Funatsu, Tsuruyo/Kagoya, Kazuhiro (2003), „The Middle Classes in Thailand: The Rise of the Urban Intellectual Elite and Their Social Consciousness“, in: *The Developing Economies*, XLI-2 (June), S.243-263
- Handley, Paul M. (2006), *The King Never Smiles. A Biography of Thailand’s Bhumibol Adulyadej*, New Haven & London: Yale University Press
- (1997), „More of the Same? Politics and Business, 1987-96“, in: Hewison,

- K. (ed.), *Political Change in Thailand: Democracy and Participation*, London: Routledge, S.94-114
- Hewison, Kevin (2008a), „A Book, the King and the 2006 Coup“, in: *Journal of Contemporary Asia*, 38 (1), S.190-211
- (2008b), „Constitutions, Regimes and Power in Thailand“, in: *Democratization*, 14 (5), S.928-45
- (2003), *The Politics of Neo-Liberalism: Class and Capitalism in Contemporary Thailand*, Southeast Asia Research Centre Working Paper Series No.45, City University of Hong Kong
- (2002), „Thailand’s Capitalism: Development Through Boom and Bust“, in: Rodan, G./Robison, R./Hewison, K. (eds.), *The Political Economy of Southeast Asia: Conflict, Crisis and Change*, Melbourne: Oxford University Press, S.71-104
- (1997), „The Monarchy and Democratization“, in: Hewison, K. (ed.), *Political Change in Thailand: Democracy and Participation*, London: Routledge, S.58-75
- Hewison, Kevin/Brown, Andrew (2004), *Labour Politics in Thaksin’s Thailand*, Southeast Asia Research Centre Working Papers Series No.62, City University of Hong Kong
- Huber, Evelyne/Rueschemeyer, Dietrich/Stephens, John D. (1997), „The Paradoxes of Contemporary Democracy: Formal, Participatory, and Social Dimensions“, in: *Comparative Politics*, 29 (3), S.323-342
- Huber, Evelyne/Stephens, John D. (2005), „The Bourgeoisie and Democracy: Historical and Contemporary Perspectives from Europe and Latin America“, in: Kersting, N./Cronqvist, L. (eds.), *Democratization and Political Culture in Comparative Perspective*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.199-223
- Kasian, Tejapira (2006), „Toppling Thaksin“, in: *New Left Review*, May/June, S.5-37
- Kitchelt, Herbert (1992), „Political Regime Change: Structure and Process-Driven Explanations?“, in: *American Political Science Review*, (86) 4, S.1028-1034
- Klein, James R. (1998), *The Constitution of the Kingdom of Thailand, 1997: A Blueprint for Participatory Democracy*, The Asia Foundation Working Paper, San Francisco: Asia Foundation
- LoGerfo, James P. (1997), *Civil Society and Democratization in Thailand, 1973-1997*, unpublished PhD Thesis, Columbia University

- McCargo, Duncan (2005), „Network Monarchy and Legitimacy Crisis in Thailand“, in: *The Pacific Review*, 18 (4), S.499-519
- (2002), „Introduction: Understanding Political Reform in Thailand“, in: ders. (ed.), *Reforming Thai Politics*, Copenhagen: NIAS, S.1-21
- (1998), „Alternative Meanings of Political Reform in Contemporary Thailand“, in: *The Copenhagen Journal of Asian Studies*, 13, S.5-59
- McCargo, Duncan/Ukrist, Pathmananad (2005), *The Thaksinization of Thailand*, Copenhagen: NIAS Press
- McVey, Ruth (2000), „Of Greed and Violence and Other Signs of Progress“, in: McVey, R. (ed.), *Money & Power in Provincial Thailand*, Copenhagen: NIAS Publishing, S.1-30
- Merkel, Wolfgang (2004), „Embedded and Defective Democracies“, in: *Democratization*, 11(5), S.33-59
- (1999), *Systemtransformation*, Opladen: UTB
- Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel (2000), „Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, (41) 1, S.3-31
- Missingham, Bruce D. (2003), *The Assembly of the Poor in Thailand. From Local Struggles to National Protest Movement*, Chiang Mai: Silkworm Books
- Montesano, Michael J. (2007), „Thailand: A Reckoning with History Begins“, in: Singh, D./Salazar, L.C. (eds.), *Southeast Asian Affairs 2007*, Singapore: ISEAS, S.311-340
- Moore, Barrington [1963] (1969), *Soziale Ursprünge von Demokratie und Diktatur*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Murray, David (1996), *Angels and Devils: Thai Politics from February 1991 to September 1992 – A Struggle for Democracy?*, Bangkok: White Orchid Press
- Napaporn, Ativanichayapong (2002), „Social Movement Unionism and Economic Unionism in Thailand“, in: *Asian Review 2002*, Bangkok: Institute of Asian Studies, Chulalongkorn University, S.78-104
- Naruemon, Thabchumpon (2002), „NGOs and Grassroots Participation in the Political Reform Process“, in: McCargo, D. (ed.), *Reforming Thai Politics*, Copenhagen: NIAS, S.183-203
- National Statistical Office (2004), *Statistical Yearbook Thailand 2004*, Bangkok: NSO
- (2000), „Average monthly income and expenditure by region: 2000“, in: *Statistical Yearbook Thailand 2004*. Online: <http://web.nso.go.th/eng/stat/subject/toc11.xls> (Aufruf: 04.02.2008)

- (ohne Datum), *Household Socio-Economic Survey*. Online: <http://web.nso.go.th/eng/stat/socio/socio.htm> (Aufruf: 04.02.2008)
- (ohne Datum), *Population and Labor Statistics*. Online: <http://web.nso.go.th/eng/stat/subject/subject.htm#cata1> (Aufruf: 04.02.2008)
- Nelson, H. Michael (2007), *'People's Sector Politics' (Kammueang Phak Prachachon) in Thailand: Problems of Democracy in Ousting Prime Minister Thaksin Shinawatra*, Southeast Asia Research Centre Working Papers Series No.87, City University of Hong Kong
- O'Donnell, Guillermo A. (1998), „Horizontal Accountability in New Democracies“, in: *Journal of Democracy*, 9 (3), S.112-126
- (1996), „Illusions about Consolidation“, in: *Journal of Democracy*, 7 (2), S.34-52
- (1994), „Delegative Democracy“, in: *Journal of Democracy*, 5 (1), S.55-69
- Ockey, James (2007), „Thailand in 2006. Retreat to Military Rule“, in: *Asian Survey*, 47 (1), S.133-140
- (2004), *Making Democracy: Leadership, Class, Gender, and Political Participation in Thailand*, Honolulu: University of Hawai'i Press
- Orathai, Kokpol (2002), „Electoral Politics in Thailand“, in: Croissant, A./Bruns, G./John, M. (eds.), *Electoral Politics in Southeast & East Asia*, Singapore: FES, S.277-321
- Painter, Martin (2005), *Thaksinocracy or Managerialization? Reforming the Thai Bureaucracy*, Southeast Asia Research Centre Working Papers Series No.76, City University of Hong Kong
- Park, Chong-min/Lee, Jaechul (2007), *Are Associations the Schools of Democracy Across Asia?*, Asian Barometer Working Paper Series No.38, Taipeh: Asian Barometer
- Pasuk, Phongpaichit (2002), „Recent Popular Movements in Thailand in Global Perspective“, in: *Asian Review*, Bangkok: Institute of Asian Studies, Chulalongkorn University, S.1-21
- (1999), *Civilising the State: State, Civil Society and Politics in Thailand. The Wertheim Lecture 1999*, Amsterdam: Center of Asian Studies
- Pasuk, Phongpaichit/Baker, Chris (2005), „Business Populism in Thailand“, in: *Journal of Democracy*, 16 (2), S.58-72
- (2004), *Thaksin. The Business of Politics in Thailand*, Chiang Mai: Silkworm Books
- (2000), *Thailand's Crisis*, Chiang Mai: Silkworm Books

- (1999), *Thailand. Economy and Politics*, Kuala Lumpur/Singapore/New York: Oxford University Press
- Perapong, Manakit (1992), *The Changing Role of the Thai Military from Orthodox Function to National Development*, unveröffentlichte Dissertation, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld
- Potter, David (1997), „Explaining Democratization“, in: Potter, D. et al. (ed.), *Democratization*, Cambridge/Malden: Polity Press, S.1-41
- Przeworski, Adam (1991), *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge: Cambridge University Press
- Pye, Oliver/Schaffar, Wolfram (2008), „The 2006 Anti-Thaksin Movement in Thailand: Analysis“, in: *Journal of Contemporary Asia*, 38 (1), S.38-61
- Ramsey, Ansil (1982), „Tenancy and Landlessness in Thailand: How Severe a Problem?“, in: *Asian Survey*, 22 (11), S.1074-1092
- Riggs, Fred (1966), *Thailand: The modernization of a bureaucratic polity*, Honolulu: East-West Center Press
- Rueschemeyer, Dietrich/Huber-Stephens, Evelyne/Stephens, John D. (1992), *Capitalist Development and Democracy*, Chicago: Chicago University Press
- Siripan, Nogsuan (2006), „Party Elites in the Business Conglomerate Model of Thai Political Parties“, in: Rathamarit, N. (ed.), *Eyes on Thai Democracy. National and Local Issues, KPI Yearbook 3 (2004-2005)*, Bangkok: King Prajadhipok's Institute, S.103-137
- Somchai, Phatharathananunth (2008), „The Thai Rak Thai Party and Elections in North-eastern Thailand“, in: *Journal of Contemporary Asia*, 38 (1), S.106-123
- (2002), „The Politics of the NGO Movement in Northeast Thailand“, in: *Asian Review 2002*, S.21-37
- Stern, Aaron (2007), „The Limitations on Democratization in Thailand through the Lens of the 2006 Military Coup“, in: *Taiwan Journal of Democracy*, 3 (1), S.127-141
- (2006), *Institutional Changes in Legislatures: Thailand's House of Representatives 1979-2002*, unveröffentlichte Dissertation, University of Michigan: Ann Arbor
- Strait Times* (9.11.2006), „Thailand: Military ‘will remain arbiter of Thai democracy’“. Online: <http://www.asiamedia.ucla.edu/rpint.asp?parentid=57336> (Aufruf: 29.01.2007)
- Suchart, Sriyaranya (1999), *Thai Intellectuals: Critical Role and Alternative Dis-*

- course in the Public Life of Thailand*, unveröffentlichte Dissertation, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld
- Surin, Maisrikrod (2007), „Learning from the 19 September Coup: Advancing Thai-style Democracy“, in: Singh, D./Salazar, L.C. (eds.), *Southeast Asian Affairs 2007*, Singapore: ISEAS, S.340-363
- Thak, Chaloeontiarana (1979), *Thailand. The Politics of Despotic Paternalism*, Bangkok: Thai Kadi Institute, Thammasat University
- The Nation* (23.08.2007), „National Referendum: Official Results“. Online: http://www.nationmultimedia.com/2007/08/20/headlines/headlines_30045770.php (Aufruf: 24.01.2008)
- Thitinan, Ponsudhirak (2007), „Little good about the ‘good’ coup“, in: *Bangkok Post*, 18.09.2007, <http://www.prachatai.com/english/news.php?id=217> (Aufruf: 24.04.2008)
- (2003), *Thailand: Democratic Authoritarianism: Southeast Asian Affairs 2003*, Singapore: ISEAS, S.278-282
- Thongchai, Winichakul (2008), „Toppling Thaksin“, in: *Journal of Contemporary Asia*, 38 (1), S.11-37
- Ukrist, Pathmanand (2008), „A Different Coup d’Etat?“, in: *Journal of Contemporary Asia*, 38 (1), S.124-142
- UNDP (2007), *Thailand Human Development Report 2007. Sufficiency Economy and Human Development*, Bangkok: UNDP
- Ungpakorn, Ji Giles (1997), *The Struggle for Democracy and Social Justice in Thailand*, Bangkok: Arom Pongpangan Foundation
- Walker, Andrew (2008), „The Rural Constitution and Everyday Politics of Elections in Northern Thailand“, in: *Journal of Contemporary Asia*, 38 (1), S.84-105
- Wongtrangan, Kanok (1984), „The Revolutionary Strategy of the Communist Party of Thailand: Change and Persistence“, in: Lim, J.-J./Vani, S. (eds.), *Armed Communist Movements in Southeast Asia*, Singapore: ISEAS, S.133-183
- Wyatt, David (1969), *The Politics of Reform in Thailand: Education in the Reign of King Chulalongkorn*, New Haven: Yale University Press